JUSTUS-LIEBIG-
UNIVERSITÄT
GIESSEN

FACHBEREICH 03
Sozial- und Kulturwissenschaften
Institut für Politikwissenschaft
Geschäftsführende Direktorin

JLU, FB03, Geschäftsführende Direktorin, Institut für Politikwissenschaft,
Karl-Glöckner-Str. 21E, 35394 Gießen

Hessische Lehrkräfteakademie
Prüfungsstelle Gießen
Thorsten Rohde
Schubertstraße 60
35392 Gießen

Geschäftsführende Direktorin

Karl-Glöckner-Str. 21E, 35394 Gießen
Fon: +49 641 99-23145 (Sekretariat)
Fax: +49 641 99-23139
ifp-gd@sowi.uni-giessen.de
www.uni-giessen.de/fbz/fb03/institutefb03/ifp

Datum: 18.07.2025

Verzicht auf geschlechtergerechte Sprache mit Sonderzeichen in den Themenstellungen für die Staatsexamensprüfungen

Sehr geehrter Thorsten Rohde,

sehr geehrte Mitarbeitende der Prüfungsstelle Gießen,

bezugnehmend auf das Informationsschreiben zur Themenstellung bei den schriftlichen Staatsexamensprüfungen und der darin enthaltenden Aufforderung *„verkürzte Formen zur Kennzeichnung mehrgeschlechtlicher Bezeichnungen im Wortinneren mit Genderstern, Binnen-I, Unterstrich oder Doppelpunkt nicht zu verwenden“* (Formblatt B2) positioniert sich das Institut für Politikwissenschaft folgendermaßen:

1) Diese Aufforderung stellt einen **gravierenden Eingriff in die verfassungsrechtlich garantierte Lehr- und Wissenschaftsfreiheit** von uns Wissenschaftler*innen (Artikel 5 GG) dar. Wir möchten klarstellen, dass wir als Wissenschaftler*innen, die in Lehre und Prüfungen an der JLU tätig sind, nicht an den Erlass des Hessischen Ministeriums für Kultus, Bildung und Chancen vom 22.04.2024 gebunden sind. Die Wissenschaftler*innen unseres Instituts entscheiden insofern frei über genderbezogene Formulierungen in der Ausübung ihrer Dienstpflichten und Prüfungstätigkeiten.

2) Unser Institut zeichnet sich durch eine breite geschlechterreflexive politikwissenschaftliche Forschung aus. Eine Verwendung von geschlechterbinären Schreibweisen trägt den wissenschaftlichen Erkenntnissen und Ergebnissen unserer Forschung daher nicht Rechnung. Eine Limitierung auf geschlechterbinäre Schreibweisen führt daher zu einem Qualitätsverlust oder einer **de-facto-Zensur konkreter Inhalte**, die wissenschaftlicher Gegenstand der Prüfungsverfahren sind. Staatsexamensprüfungen fallen daher hinter den Stand der Forschung zurück. Geschlechterbinäre Formulierungen sind somit nicht nur eine Frage der Rechtschreibung, sondern führen zu einer inhaltlichen Veränderung wissenschaftlicher Themen und betreffen somit explizit die **Freiheit der Wissenschaft.**

3) Das Institut für Politikwissenschaft teilt die Auffassung des Rechtsgutachtens der Antidiskriminierungsstelle des Bundes[1],das staatliche Verbote geschlechtergerechter Sprache als verfassungsrechtlich bedenklich einstuft. Da das deutsche Personenstandsgesetz seit 2018 **vier Geschlechtseinträge** kennt (männlich, weiblich, divers, ohne Eintrag/keine Angabe), erkennen wir in der Aufforderung zur Verwendung geschlechterbinärer Schreibweisen darüber hinaus einen Widerspruch zum **Diskriminierungs- und Gleichheitsgebot im deutschen Grundgesetz:** Geschlechterbinäre Schreibweisen führen zu einer Ungleichbehandlung (Artikel 3 I, II 1GG) oder Benachteiligung wegen des Geschlechts (Artikel 3 III 1 GG). Aus dem Grundgesetz ergibt sich ein individuelles Recht auf sprachliche Gleichberechtigung (Artikel 3 II 2 GG). Eine sprachliche Unsichtbarmachung trifft insbesondere trans-, intergeschlechtliche und nichtbinäre Menschen und verletzt diese in ihrem Recht auf Nichtdiskriminierung (Artikel 3 III 1 GG) sowie ihrem personalen Achtungsanspruch (Artikel 2 I GG in Verbindung mit Artikel 1 I GG).

4) Diesen verfassungsrechtlichen Auftrag sehen wir in Bezug auf die Ausbildung von angehenden Lehrkräften verletzt. Laut §1, Hessischem Lehrkräftebildungsgesetz (HLbG), hat die Lehrkräftebildung an Hochschulen das Ziel *„Lehrkräfte zur umfassenden Wahrnehmung des schulischen Bildungs- und Erziehungsauftrages auf der Grundlage des Hessischen Schulgesetzes zu befähigen"*[2]*.* Hier schreibt das Gesetz **„gesellschaftliche Vielfalt" als Querschnittsthema und -aufgabe** in der Lehrkräftebildung vor. Wir sensibilisieren die zukünftigen Lehrkräfte in unserer Lehre für einen sensiblen Umgang mit existierender Diversität/Vielfalt in der Gesellschaft, um damit zukünftig allen Lernenden an Schulen entsprechende persönlichkeitsbildende Orientierungsangebote machen zu können. Ein Verbot geschlechtergerechter Sprachformen, die es ermöglichen, alle Geschlechter diskriminierungsfrei zu adressieren, konterkariert genau dieses Anliegen.

5) Das Institut für Politikwissenschaft versteht sich vor dem Hintergrund ihrer im Direktorium verabschiedeten Selbstverpflichtung außerdem als ***„Ort demokratischer und weltoffener Wissenschaft, Bildung und Kultur.*** *[…] Voraussetzung hierfür ist die im Grundgesetz verbriefte Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre. Als Mitglieder des Instituts gewähren wir die Vielfalt der Meinungen und Methoden. Gleichsam bieten wir im konstruktiven wissenschaftlichen Streit keinen Platz für rassistische, antisemitische, antifeministische und andere menschenverachtenden Positionen."*[3] Unserer Ansicht nach widersprechen der Erlass des Hessischen Ministeriums für Kultus, Bildung und Chancen sowie die daraus abgeleitete Aufforderung der Hessischen Lehrkräfteakademie zur Verwendung geschlechterbinärer Schreibweisen einer solchen demokratischen Kultur und einer weltoffenen und diskriminierungssensiblen Wissenschaft. Wir erinnern an dieser Stelle an die von der JLU im April 2024 unterzeichnete und vom Institut für Politikwissenschaft mitunterstützte **Stellungnahme der Konferenz Hessischer Universitätspräsidien (KHU)[4],** in der es u.a. heißt: **„***Die hessischen Hochschulen verstehen sich als vielfältige und inklusive Orte, die sich die Verwirklichung von Gleichstellung, Diversität und Antidiskriminierung zum Ziel gesetzt haben. Dazu gehört auch die Möglichkeit, Personen aller Geschlechtsidentitäten in der Ansprache einbeziehen zu können. […]* ***Als hessische Universitäten verwehren wir uns gegen jegliche Vorschriften zum Gebrauch gendersensibler Sprache****. Ein derartiger Eingriff des Landesministeriums in die vielfältig genutzte Sprache an den Hochschulen würde in Lehre und Forschung eine massive Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit*

[1] Siehe: https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Standpunkte/05_genderverbot.pdf?__blob=publicationFile&v=5

[2] Siehe: https://www.rv.hessenrecht.hessen.de/bshe/document/jlr-SchulGHE2022rahmen

[3] Siehe: https://www.uni-giessen.de/de/fbz/fb03/institutefb03/ifp/ueber-uns/selbstverpflichtung

[4] Siehe: https://www.uni-giessen.de/de/fbz/fb03/institutefb03/ifp/ueber-uns/aktuelles/nachrichten/khugender

bedeuten. Hochschulen sind Orte des Diskurses, des freien Denkens und des wissenschaftlichen Austauschs. Verbote stehen dem diametral gegenüber."

Als Institut für Politikwissenschaft setzen wir uns gegen diese Eingriffe in unsere wissenschaftliche Arbeit mit aller Entschiedenheit zur Wehr! Wir weisen daher jegliche Regulierungsversuche der Hessischen Lehrkräfteakademie und des Hessischen Ministeriums für Kultus, Bildung und Chancen, die darauf abzielen, demokratisierende gesellschaftliche Transformationen und vielfaltsorientierte Debatten – die auch Gegenstand unserer Forschung und Lehre sind – durch Sprachverbote zu regulieren, zurück.

Wir erwarten, dass das Ministerium und die Lehrkräfteakademie **zeitnah eine Lösung für die Durchführung von Staatsexamensprüfungen** vorlegen, die im Einklang mit gesellschaftlicher Vielfalt, demokratischer Pluralität und dem Diskriminierungs- und Gleichheitsgebot im deutschen Grundgesetz steht. Gerne stehen wir diesbezüglich mit unserer Expertise zur Verfügung!

Mit freundlichen Grüßen

im Namen des Instituts für Politikwissenschaft